



Kristine Pohlmann

Rechtliche Rahmenbedingungen der Katastrophenbewältigung



Rechtliche Rahmenbedingungen der Katastrophenbewältigung

Europäische Hochschulschriften

Publications Universitaires Européennes
European University Studies

Reihe II **Rechtswissenschaft**

Série II Series II
Droit
Law

Bd./Vol. 5356



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Kristine Pohlmann

Rechtliche Rahmenbedingungen der Katastrophenbewältigung



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bielefeld, Univ., Diss., 2012

D 361

ISSN 0531-7312

ISBN 978-3-631-63789-0 (Print)

ISBN 978-3-653-01841-7 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-01841-7

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte an der Universität Bielefeld im Rahmen des interdisziplinären Forschungsprojektes „Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen (Pri-KatS)“. An dieser Stelle sei dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für die großzügige finanzielle Förderung des Projektes gedankt.

Herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Christoph Gusy. Er hat mir nicht nur die spannende Tätigkeit im Pri-KatS-Projekt ermöglicht und die thematische Anregung zu dieser Arbeit gegeben, sondern mich auch in einem weiten Raum wissenschaftlicher Freiheit vielfältig gefördert und immer wieder wichtige Impulse gesetzt.

Frau Prof. Dr. Angelika Siehr danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens.

Sehr profitiert habe ich von der Kooperation mit den Projekt-Kolleginnen und -Kollegen vom Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement der Universität Witten/Herdecke. Ich danke Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange und seinem Team für die gute Zusammenarbeit und v.a. gemeinsame Expertenworkshops und -interviews. Dank für vielfältige Unterstützung gilt auch den Kolleginnen und Kollegen in Bielefeld. Besonders hervorheben möchte ich Anett Röder als Seele und Rückgrat des Lehrstuhls.

Besonders wertvolle Einblicke in die Praxis des Katastrophenschutzes verdanke ich den Projektpartnern von der Branddirektion der Stadt Frankfurt am Main, dem Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes, der Behörde für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Ministerium für Innern und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. Sie haben das Projekt sehr engagiert unterstützt, konstruktiv kritisch begleitet und mit Hinweisen auf praxisrelevante Problempunkte thematische Anregungen auch für diese Arbeit gegeben. Inhaltliche Impulse verdanke ich zudem anregenden Diskussionen beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Hauke Kutscher und Frank Terpoorten gebührt aufrichtiger Dank für die sorgfältige Korrektur des Manuskripts.

Für das Projekt wurden zwischen April und Oktober 2010 Experteninterviews mit Vertretern von Katastrophenschutzbehörden aller Ebenen sowie von Hilfsorganisationen durchgeführt. Ergebnisse der Interviews mit meiner Beteiligung, flossen in die Arbeit ein, soweit sie für die hier behandelten Themen relevant sind. Da den Experten Anonymität zugesichert wurde, sind die Interviews

im Text nur kodiert zitiert. Allen Interviewpartnern danke ich für ihre bereitwilligen und sehr aufschlussreichen Informationen.

Die verwendeten Gesetze, Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand von November 2011.

Bielefeld, im Juni 2012

Kristine Pohlmann

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Teil A. Einführung	41
Teil B. Katastrophen und Katastrophenschutz	47
I. Katastrophenbegriffe und ihre Funktion	47
1. Gesellschaftliche, politische und fachspezifische Katastrophen- begriffe	47
2. Rechtliche Katastrophenbegriffe	49
a) Katastrophenschutzgesetze der Länder	50
b) Verfassungsrechtlicher Katastrophenbegriff	53
II. Grundstrukturen des Katastrophenschutzrechts	55
1. Allgemeine Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz	55
2. Aufgaben und Zuständigkeiten im Katastrophenfall	59
3. Katastrophenvorsorge	66
4. Besondere Befugnisse der Behörden im Katastrophenfall	72
a) Inanspruchnahme von Nichtstörern und sonstige Leistungs- verpflichtungen	73
b) Betretens- und Einwirkungsrechte	76
c) Platzverweise und Sperrgebiete	77
5. Gesetzliche Verpflichtungen und Exekutivbefugnisse nach den Sicherstellungsgesetzen des Bundes	79
a) Ernährungssicherung	80
b) Energieversorgung	81
c) Verkehrsleistungen	82
d) Post- und Telekommunikation	84

Teil C. Bundeskompetenzen im Bevölkerungsschutz	85
I. Problemstellung.....	85
II. Der Begriff des „Bevölkerungsschutzes“	86
1. Begriffsbestimmungen	86
2. Elemente des Bevölkerungsschutzes: Zivilschutz, Katastrophenschutz, alltäglicher Brandschutz und Rettungsdienst	92
3. Verwendung des Begriffs in der politischen Diskussion.....	95
4. Faktische Verzahnung von Zivil- und Katastrophenschutz.....	98
a) Ausgestaltung der Bundesauftragsverwaltung und Folgen für die Ausstattungsfinanzierung.....	98
b) Amtshilfe und bundeseigene Einrichtungen für den Zivilschutz.....	100
c) Zwischenergebnis	101
III. Sachliche Problemlagen im Katastrophenschutz	102
IV. Derzeitige Lösungsansätze.....	105
1. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).....	106
2. Das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ)	109
3. Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS).....	110
4. Das Satellitengestützte Warnsystem (SatWaS)	112
5. Die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ).....	113
6. Das Technische Hilfswerk (THW)	114
7. Das Ausstattungskonzept des Bundes für den Zivilschutz	115
8. Verfügbarkeit der Einrichtungen und Ausstattung des Bundes für die Länder.....	120
V. Wandel von aufgabenorientierter zu ressourcenorientierter Denkweise	121

VI.	Verfassungsrechtliche Legitimierbarkeit der Bundestätigkeiten im Katastrophenschutz	123
1.	Erweiterte Auslegung bestehender Kompetenzen	123
a)	Zivilschutz umfassend auslegen	123
b)	Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz des Bundes aus Art. 35 GG.....	124
aa)	Gesetzgebungskompetenz aus Art. 35 Abs. 2, 3 GG	124
bb)	Ressourcenvorhaltung für Amtshilfe und Koordinationskompetenzen aus Art. 35 GG.....	128
cc)	Legitimation aus den Initiativbefugnissen des Bundes aus Art. 35 Abs. 3 GG	132
dd)	Zwischenergebnis	136
c)	Ausstattungskonzept zwischen Zivilschutz und Katastrophenschutz	137
2.	Zwischenergebnis.....	141
VII.	Verfassungsrechtliche Fortentwicklung des Katastrophenschutzrechts.....	142
1.	Katastrophen- und Zivilschutz als ausschließliche Länderaufgabe	143
2.	Katastrophenschutz und Zivilschutz als ausschließliche Bundesaufgabe	144
3.	Katastrophenschutz als konkurrierende Gesetzgebungskompetenz	146
4.	Gesetzgebungskompetenz für länderübergreifende Gefahrenfälle entsprechend Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG.....	151
5.	Gesetzgebungskompetenz entsprechend Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG („Zusammenarbeitkompetenz“.....	153
6.	Katastrophenschutz als Bundesauftragsverwaltung.....	156
7.	Ergänzung des Art. 35 Abs. 3 GG	156
8.	Neue Gemeinschaftsaufgabe „Art. 91f“ GG.....	157
VIII.	Fazit.....	159

Teil D. Europarechtskonforme Vergaberegeln für den	
 Rettungsdienst	161
I. Aktuelle Rahmenbedingungen.....	161
1. Problemaufriss.....	161
2. Begriff und Organisationsmodelle des Rettungsdienstes	166
a) Begriffsbestimmungen.....	166
aa) Notfallrettung.....	167
bb) Krankentransport	168
cc) Krankenfahrt	173
b) Heutige rechtliche Ausgestaltung und Durchführungsmodelle	174
aa) Eingliederungs- und Trennungsmodell	176
(1) Trennungsmodell	176
(2) Eingliederungsmodell.....	177
(3) Gemischte Modelle.....	178
(4) Tendenz zum Eingliederungsmodell und	
gemischten Modell	180
bb) Submissions- und Konzessionsmodell	182
cc) Privilegierung von Hilfsorganisationen und	
Mitwirkenden im Katastrophenschutz.....	185
3. Bisherige Vergabep Praxis und Gründe für das bisherige Unter-	
bleiben von Ausschreibungen	187
4. Ausschreibungspflicht für Submissions- und Konzessions-	
modelle.....	190
a) Einordnung des Submissionsmodells als Dienstleistungs-	
auftrag	190
aa) Öffentlicher Auftrag	190
bb) Beschaffung von Marktleistungen.....	193
cc) „Bereichsausnahme“ wegen der Ausübung hoheitlicher	
Gewalt.....	194
b) Einordnung der Konzessionsmodelle	198

aa)	Anforderungen an „echte Konzessionen“ bei den Konzessionsmodellen	198
bb)	Einordnung der Konzessionsmodelle im Rettungsdienst.	203
5.	Zwischenergebnis.....	208
6.	Verfahrensanforderungen an die Vergabe von Rettungsdienstleistungen	208
a)	Anzuwendende Vorschriften des Wettbewerbsrechts	208
b)	Anforderungen an die Vergabe nicht prioritärer Dienstleistungen und Konzessionen.....	211
7.	Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Rettungsdienstes	214
a)	Allgemeine Anforderungen	214
b)	MANV-Bewältigung und Mitwirkung im Katastrophenschutz im Besonderen	216
II.	Regelungsmöglichkeiten	223
1.	Reduzierung der Anforderungen an das Vergabeverfahren	223
a)	Reduzierung der Anforderungen für Submissionsmodelle	224
b)	Wechsel zum Konzessionsmodell	225
2.	Gestaltungsmöglichkeiten über Auswahlkriterien.....	227
3.	Zulässigkeit der Verknüpfung des Rettungsdienstes mit dem Krankentransport und dem Katastrophenschutz	230
a)	Verknüpfung von Notfallrettung und Krankentransport	230
aa)	Europarechtliche Zulässigkeit	232
bb)	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	238
b)	Verknüpfung von Rettungsdienst und Katastrophenschutz.....	242
aa)	Lösungsansätze in den Landesgesetzen.....	242
bb)	Zulässigkeit der Privilegierungsklauseln.....	242
cc)	Mitwirkung beim MANV und im Katastrophenschutz als Aufgabe des Rettungsdienstes.....	245
(1)	Definition des Aufgabenumfangs.....	245
(2)	Eignungskriterien.....	246

	(a) Fachkunde.....	246
	(b) Leistungsfähigkeit	247
	(c) Zuverlässigkeit	249
III.	Fazit	249

Teil E. Pandemiebewältigung nach Gesundheitsrecht und

	Katastrophenschutzrecht	251
I.	Problemstellung.....	251
II.	Begriff der Pandemie	257
III.	Grundstrukturen der Gesundheitsverwaltung zur Pandemiebekämpfung.....	260
	1. Gesetzgebung und Gesundheitsverwaltung zur Pandemiebekämpfung.....	260
	a) Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen des Bundes für das Gesundheitsrecht.....	260
	b) Gesundheitsverwaltung der Länder	262
	c) Planungs- und Koordinierungsinstrumente	264
	aa) Pandemiepläne	264
	bb) Planungs- und Koordinierungsgremien	266
	2. Mögliche weitere involvierte Bereiche.....	268
IV.	Pandemiebekämpfung nach Gesundheitsrecht	269
	1. Schutzimpfungen	270
	a) Allgemeines	270
	b) Priorisierung.....	273
	aa) Geplantes Vorgehen nach den Pandemieplänen.....	273
	bb) Erforderlichkeit einer gesetzlichen Regelung.....	276
	cc) Fehlende gesetzliche Regelung.....	280
	(1) Pandemiepläne als Rechtsgrundlage	280

(2) Priorisierungskriterien aus den Vorschriften über Impfungen.....	281
(3) § 28 IfSG als Grundlage für Priorisierungs- entscheidungen	283
(4) Generalklauseln der Katastrophenschutzgesetze als Rechtsgrundlage	285
(5) Zwischenergebnis	285
c) Kosten	285
d) Durchführung und Organisation der Impfungen	289
2. Bevorratung und Verteilung von Medikamenten	292
a) Bevorratung.....	292
b) Vertriebsweg	294
aa) Geplanter Vertriebsweg	294
bb) Mögliche Abgabe durch die Gesundheitsämter.....	297
cc) Sicherstellung der Arzneimittelversorgung auf dem Arzneimittelmarkt.....	300
c) Zwischenergebnis	302
3. Eingriffsbefugnisse der Gesundheitsbehörden	303
a) Spezialbefugnisse.....	305
aa) Impfpflicht, § 20 Abs. 6, 7 IfSG.....	305
bb) Beobachtung, § 29 IfSG	306
cc) Quarantäne § 30 IfSG	307
dd) Berufliches Tätigkeitsverbot, § 31 IfSG.....	310
b) Generalklauseln.....	313
aa) Maßnahmen zur Verhinderung der Entstehung bzw. des Ausbruchs von Krankheiten	315
(1) § 16 IfSG.....	315
(2) § 17 IfSG.....	315

bb)	Maßnahmen zur Bekämpfung bzw. zur Verhinderung der Verbreitung bereits ausgebrochener Krankheiten, § 28 IfSG.....	316
(1)	Allgemeines	316
(2)	Schließung von Schulen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder	317
(3)	Schließung sonstiger Einrichtungen und Veranstaltungsverbote	319
(4)	Einrichtung von Sperrgebieten	321
c)	Maßnahmen im internationalen Reiseverkehr	324
d)	Zwischenergebnis	327
4.	Surveillance.....	328
a)	Gesetzliche Meldepflichten	328
b)	Sentinel-Erhebungen.....	332
c)	Surveillance-Systeme der Bundesländer	333
d)	Bund-Länder-Informationsverfahren.....	335
e)	Bewertung	336
V.	Pandemiebewältigung durch Einrichtungen der medizinischen Versorgung	340
1.	Krankenhausrecht und Krankenhausorganisation	341
a)	Krankenhausplanung.....	342
aa)	Bedarfsplanung und Aufnahme der Krankenhäuser.....	342
bb)	Einbeziehung von Notfallkapazitäten.....	345
b)	Notfallversorgung als Aufgabe der Krankenhäuser	346
c)	Mitwirkungs- und Vorbereitungspflichten der Krankenhäuser beim Katastrophenschutz und MANV.....	349
d)	Notfallversorgung in der Krankenhausfinanzierung	351
e)	Auswirkungen der Rahmenbedingungen auf die Notfallversorgung im Pandemiefall	355

f)	Finanzierung der Ressourcen für MANV-Lagen als Aufgabe „des Katastrophenschutzes“?	360
g)	Zwischenergebnis	363
2.	Organisation der Krankenhauskapazitäten im Pandemiefall	364
a)	Schwerpunktkliniken	364
b)	Organisation innerhalb der Krankenhäuser	367
c)	Gewährleistung der erforderlichen Behandlungskapazitäten ...	367
aa)	Sachressourcen.....	368
bb)	Personalressourcen.....	369
cc)	Steuerung der Zahl der aufzunehmenden Patienten	372
3.	Organisation der ambulanten medizinischen Versorgung	373
4.	Zwischenergebnis.....	375
VI.	Pandemiebewältigung mit Mitteln des Katastrophenrechts.....	376
1.	Aussagen der Pandemiepläne	377
2.	Übergang zur Katastrophe im rechtlichen Sinne	380
3.	Krisenbewältigungsstrukturen	385
4.	Erforderliche Maßnahmen zur Pandemiefolgenbewältigung	389
a)	Aufrechterhaltung der eigenen Funktionsfähigkeit	390
b)	Vorbereitung anderer Akteure auf Pandemien	391
c)	Informationen und Entscheidungsgrundlagen	396
5.	Behördliche Handlungsmöglichkeiten nach Katastrophen- schutzrecht.....	401
a)	Inanspruchnahme von Personen zu Hilfeleistungen.....	402
b)	Einsatz der Personalreserven der Katastrophenschutz- einheiten	403
c)	Inanspruchnahme von Unternehmen zu Dienst-, Sach- und Werkleistungen	403
d)	Maßnahmen nach den Sicherstellungsgesetzen.....	405
e)	Weitere katastrophenschutzrechtliche und ordnungsrechtliche Maßnahmen.....	407

VII. Fazit.....	408
Teil F. Schlussbetrachtung.....	411
I. Katastrophenschutz als Koordinierungsinstrument	411
II. Katastrophenschutz als Querschnittsaufgabe.....	411
III. Erforderlichkeit von Schutzzielen.....	413
IV. Bedeutung der Informationsgewinnung.....	415
V. Private Akteure.....	416
VI. Erforderlichkeit der Mitwirkungsverpflichtung für alle relevanten Akteure	418
VII. Finanzierung.....	419
VIII. Grenzen des Katastrophenschutzes und Handlungsbedarf	420
Anhang	423
I. Literaturverzeichnis.....	423
II. Verzeichnis der zitierten Pandemiepläne und sonstiger Pläne der Länder.....	448
1. Pandemiepläne von Bund und Ländern	448
2. Sonstige Pandemiepläne	449
3. Seuchenalarmpläne	449
4. Krankenhauspläne	449

Abkürzungsverzeichnis

I. Allgemeine Abkürzungen

ABC	atomar, biologisch, chemisch
Art.	Artikel
a.E.	am Ende
abgedr.	abgedruckt
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AGI	Arbeitsgemeinschaft Influenza
AKNZ	Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz
Anm.	Anmerkung
ASB	Arbeiter-Samariter-Bund
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
B.	Beschluss
BÄK	Bundesärztekammer
Bay. Ärztebl.	Bayerisches Ärzteblatt
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BBK	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
Bd.	Band
BfArM	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGW	Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Innern
BOS	Behörden mit Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich

bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
deNIS	deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem
DGKM	Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V.
DLRG	Deutsche Lebensrettungsgesellschaft
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ebd.	ebenda
EHEC	Enterohämorrhagische Escherichia coli (Darmbakterium, das blutige Durchfallerkrankungen auslösen kann)
EL	Ergänzungslieferung
Erl.	Erläuterung
et al.	et alii (und andere)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgende
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
frz.	französisch
FS	Festschrift
FwDV 100	Feuerwehrdienstvorschrift 100
G.	Gesetz
GG	Grundgesetz
geänd.	geändert
ggf.	gegebenenfalls
grds.	grundsätzlich
GMK	Gesundheitsministerkonferenz
GMLZ	Gemeinsames Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern
Hrsg.	Herausgeber
HUS	hämolytisch-urämische Syndrom
i.d.R.	in der Regel
i.d.S.	in diesem Sinne
i.E.	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des/der
i.S.v.	im Sinne von

i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
IGV	Internationale Gesundheitsvorschriften
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
JUH	Johanniter-Unfallhilfe
JuS	Juristische Schulung
KBV	Kassenärztliche Bundesvereinigung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift
KTW	Krankentransportwagen
KV	Kassenärztliche Vereinigung
lit.	littera (Buchstabe)
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LT-Drs.	Landtagsdrucksache
LÜKEX	Länderübergreifende Krisenmanagementübung (Exercise)
LVerfGE	Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MANV	Massenanfall an Verletzten oder Erkrankten
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
MHD	Malteser Hilfsdienst
Nachw.	Nachweise
NAW	Notarzwagen
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZWehrr	Neue Zeitschrift für Wehrrecht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PEI	Paul-Ehrlich-Institut
PharmR	Pharma Recht
RdErl.	Runderlass
RKI	Robert-Koch-Institut
Rn.	Randnummer

Rs.	Rechtssache
RTW	Rettungswagen
RuP	Recht und Politik
S.	Seite, Satz
s.	siehe
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome (Schweres Akutes Atemwegssyndrom)
SatWaS	satellitengestütztes Warnsystem
SEG	Schnelleinsatzgruppe
SF Medien	SF Medien - Berufliche Bildung in der Krankenversicherung
SKI	Schutzkommission beim Bundesminister des Innern
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
sog.	sogenannt, sogenannte
STIKO	Ständige Impfkommission
THW	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliche
Urt.	Urteil
v.	vom
VdEK	Verband der Ersatzkassen
verb.	verbundene
Verf.	Verfasser/-in
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
Vergaber	Zeitschrift für das gesamte Vergaberecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation)
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert

ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik
 zul. zuletzt

II. Abgekürzt zitierte Rechtsnormen

1. EU-Normen

AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union i. d. F. d. Bek. v. 09.05.2008 (ABl. EU v. 09.05.2008, C 115 S. 47), zul. geänd. d. G. v. durch Art. 1 ÄndBeschl. 2011/199/EU v. 25.03.2011 (ABl. EU v. 06.04.2011, L 91, S. 1).

EGV Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft v. 25.03.1957 i. d. F. bis 30.11.2009, zul. geänd. d. Vertrag von Lissabon v. 13.12.2007 (ABl. EU v. 17.12.2007, C 306 S. 1).

DKR Richtlinie 92/50/EWG des Rates v. 18.06.1992 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge (EU-Dienstleistungs Koordinierungsrichtlinie) (Abl. EU v. 24.07.1992, L 209, S. 1).

VKR Richtlinie 2004/18 EG des Europäischen Parlamentes und des Rates v. 31.03.2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (EU-Vergabekoordinierungsrichtlinie) (Abl. EU v. 30.04.2004, L 134, S. 114).

Seveso-Richtlinie ... Richtlinie 96/82/EG des Rates v. 09.12.1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (Abl. EU v. 14.01.1997, L 10, S. 13), zul. geänd. d. Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlamentes und des Rates v. 22.10.2008 (Abl. EU v. 21.11.2008, L 311, S. 1).

2. Bundesgesetze

AEG Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) v. 27.12.1993, (BGBl. I S. 2378, ber. 1994 I S. 2439), zul. geänd. d. G. v. 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542).

- AMG Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz - AMG), i. F. d. Bek. v. 12.12.2005 (BGBl. I S. 3394), zul. geänd. d. VO v. 17.09.2011 (BGBl. I S. 1398).
- ApoG Gesetz über das Apothekenwesen (Apothekengesetz - ApoG) i. d. F. d. Bek. v. 15.10.1980 (BGBl. I S. 1993), zul. geänd. d. G. v. 28.2008 (BGBl. I S. 874).
- BBKG Gesetz über die Errichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe v. 27.04.2004 (BGBl. I S. 630), zul. geänd. d. G. v. 02.04.2009 (BGBl. I S. 693).
- BImSchG Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionschutzgesetz - BImSchG) i. d. F. d. Bek. v. 26.09.2002 (BGBl. I S. 3830), zul. geänd. d. G. v. 21.07.2011 (BGBl. I S. 1475).
- BLeistG Bundesleistungsgesetz i. d. F. d. Bek. v. 27.09.1961 (BGBl. I S. 815), zul. geänd. d. G. v. 11.08.2009 (BGBl. I S. 2723).
- BPolG Gesetz über die Bundespolizei (Bundespolizeigesetz - BPolG) v. 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978) zul. geänd. d. G. v. 31.07.2009 (BGBl. I S. 2007)
- EnSiG Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung (Energiesicherungsgesetz 1975) v. 20.12.1974 (BGBl. I S. 3681), zul. geänd. d. VO v. 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407).
- EnWG Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) v. 07.05.2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zul. geänd. d. G. v. 16.01.2012 (BGBl. I S. 74).
- ErdölBevG Gesetz über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen (Erdölbevorratungsgesetz - ErdölBevG) i. d. F. d. Bek. v. 06.04.1998 (BGBl. I S. 679), zul. geänd. d. G. v. 16.01.2012 (BGBl. I S. 74).
- EVG Ernährungsvorsorgegesetz (EVG) v. 20.08.1990, (BGBl. I S. 1766), zul. geänd. d. VO v. 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407).
- FamFG Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit v. 17.12.2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zul. geänd. d. G. v. 22.12.2010 (BGBl. I S. 2255).

- GWB Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i. d. F. d. Bek. v. 15.07.2005 (BGBl. I S. 2114; 2009 I S. 3850), zul. geänd. d. G. v. 26.06.2011 (BGBl. I S. 1554).
- IfSG Infektionsschutzgesetz v. 20. 07.2000 (BGBl. I S. 1045), zul. geänd. d. G. v. 28.07.2011 (BGBl. I S. 1622).
- IGV Internationale Gesundheitsvorschriften, umgesetzt durch Gesetz zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) (IGV) v. 23.05.2005 v. 20.07.2007 (BGBl. II S. 930).
- KHEntgG Gesetz über die Entgelte für voll- und teilstationäre Krankenhausleistungen (Krankenhausentgeltgesetz - KHEntgG) v. 23.04.2002 (BGBl. I S. 1412, 1422), zul. geänd. d. G. v. 28.07.2011 (BGBl. I S. 1622).
- KHG Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) i. d. F. d. Bek. v. 10.04.1991 (BGBl. I S. 886), zul. geänd. d. G. v. 17.03.2009 (BGBl. I S. 534).
- PBefG Personenbeförderungsgesetz (PBefG) i. d. F. d. Bek. v. 08.08.1990 (BGBl. I S. 1690), zul. geänd. d. G. v. 05.04.2011 (BGBl. I S. 554).
- PTSG Gesetz zur Sicherstellung von Postdienstleistungen und Telekommunikationsdiensten in besonderen Fällen (Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz - PTSG), v. 24.03.2011 (BGBl. I S. 506).
- SGB V Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) - Gesetzliche Krankenversicherung v. 20.12.1988 (BGBl. I S. 2477), zul. geänd. d. G. v. 28.07.2011 (BGBl. I S. 1622).
- StGB Strafgesetzbuch (StGB) i. d. F. d. Bek. v. 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322), zul. geänd. d. G. v. 01.11.2011 (BGBl. I S. 2130).
- StVO Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) v. 06.11.1970 (BGBl. I S. 1565), zul. geänd. d. VO v. 01.12.2010 (BGBl. I S. 1737).
- THW-HelfRG Gesetz über das Technische Hilfswerk (THW-Helferrechtsgesetz - THW-Gesetz) v. 22.01.1990 (BGBl. I S. 118), zul. geänd. d. G. v. G v. 29.07.2009 (BGBl. I S. 2350).

TierSG	Tierseuchengesetz I. d. F. d. Bek. v. 22.06.2004 (BGBl. I S. 1260, ber. S. 3588), zul. geänd. d. G. v. 09.12. 2010 (BGBl. I S. 1934)
VerkLG	Gesetz zur Sicherung von Verkehrsleistungen (Verkehrsleistungsgesetz - VerkLG) 23.07.2004 (BGBl. I S. 1865), zul. geänd. d. VO v. 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407).
VersG	Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz) i. d. F. d. Bek. v. 15.11.1978 (BGBl. I S. 1789), zul. geänd. d. G. v. 08.12.2008 (BGBl. I S. 2366)
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen - Teil A (VOL/A) - Ausgabe 2009, v. 20.11.2009, BAnz. v. 29.12.2009, Nr. 196a.
ZSGÄndG	Gesetz zur Änderung des Zivilschutzgesetzes (Zivilschutzgesetzänderungsgesetz - ZSGÄndG v. 02.04.2009 (BGBl. I S. 693)
ZSKG	Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz - ZSKG) v. 25.03.1997 (BGBl. I S. 726), zul. geänd. d. G. v. 29.07.2009 (BGBl. I S. 2350).

3. Bundesverordnungen

AIMPV	Verordnung über die Meldepflicht bei Aviärer Influenza beim Menschen (Aviäre-Influenza-Meldepflicht-Verordnung - AIMPV) v. 11.05.2007, (BGBl. I S. 732).
AMGrHdlBetrV	Betriebsverordnung für Arzneimittelgroßhandelsbetriebe v. 10.11.1987 (BGBl. I S. 2370), zul. geänd. d. G. v. 20.07.2007 (BGBl. I S. 1574).
AMGZivilSch- AusnVO	Verordnung über die Zulassung von Ausnahmen von Vorschriften des Arzneimittelgesetzes für die Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes, der Bundeswehr, der Bundespolizei sowie der Bereitschaftspolizeien der Länder (AMG-Zivilschutzausnahmeverordnung) v. 17.06.2003 (BGBl. I S. 851), zul. geänd. d. VO v. 29.03.2006 (BGBl. I S. 594).
ApBetrO	Verordnung über den Betrieb von Apotheken (Apothekenbetriebsordnung - ApBetrO) i. d. F. d. Bek. v. 26.09.1995 (BGBl. I S. 1195), zul. geänd. d. VO v. 02.12.2008 (BGBl. I S. 2338).

5. BImSchV Fünfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte - 5. BImSchV) v. 30.07.1993 (BGBl. I S. 1433), zul. geänd. d. VO v. 09.11.2010 (BGBl. I S. 1504).
12. BImSchV Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung - 12. BImSchV) i. d. F. d. Bek. v. 08.06.2005 (BGBl. I S. 1598), zul. geänd. d. VO v. 26.11.2010 (BGBl. I S. 1643).
- BOKraft Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) v. 21.06.1975 (BGBl. I S. 1573), zul. geänd. d. VO v. 08.11.2007 (BGBl. I S. 2569).
- BOStrab Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung - BOStrab), v. 01.12.1987 (BGBl. I S. 2648), zul. geänd. d. VO v. 08.11.2007 (BGBl. I S. 2569).
- EBO Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) v. 08.05.1967 (BGBl. 1967 II S. 1563), zul. geänd. d. VO v. 19.03.2008 (BGBl. I S. 467).
- EltSV Verordnung zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung in einer Versorgungskrise (Elektrizitätssicherungsverordnung - EltSV) v. 26.04.1982 (BGBl. I S. 514), zul. geänd. d. G. v. 07.07.2005 (BGBl. I S. 1970).
- EWMV Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung (EWMV) v. 10.10. 2006 (BGBl. I S. 2214), zul. geänd. d. VO v. 24.22.2010 (BGBl. I S. 1730).
- GasSV Verordnung zur Sicherung der Gasversorgung in einer Versorgungskrise (Gassicherungsverordnung - GasSV) v. 26.04.1982 (BGBl. I S. 517), zul. geänd. d. G. v. 07.07.2005 (BGBl. I S. 1970).
- GesVLdVerkDV Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften im Landverkehr (GesVLdVerkDV), v. 11.11.1976 (BGBl. I S. 3193).
- HeizöLLBV Verordnung über Lieferbeschränkungen für leichtes Heizöl in einer Versorgungskrise (Heizöl-Lieferbeschränkungs-Verordnung - HeizöLLBV) v. 26.04.1982 (BGBl. I S. 536).

- IfSGInfo-VwV Allgemeine Verwaltungsvorschrift für ein Bund-Länder-
Informationsverfahren in epidemisch bedeutsamen Fällen
nach § 5 des Infektionsschutzgesetzes (Verwaltungsvor-
schrift IfSG-Informationsverfahren - IfSGInfo-VwV) v.
25.04.2002 (BAnz. Nr. 89 S. 10551).
- IntGesVsHfDV Verordnung zur Durchführung der Internationalen Ge-
sundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 in Häfen und auf
dem Nord-Ostsee-Kanal (IntGesVsHfDV) v. 11.11.1971,
(BGBl. I S. 1811), zul. geänd. d. G. v. 24.06.1994 (BGBl. I
S. 1416).
- ISchGKVLV Verordnung über die Leistungspflicht der gesetzlichen
Krankenversicherung bei Schutzimpfungen gegen die neue
Influenza A(H1N1) (Influenzaschutzimpfung-GKV-Leis-
tungspflichtverordnung - ISchGKVLV) v. 19.08.2009
(BAnz. S. 2889).
- KIV Verordnung zur Abgabe von kaliumiodidhaltigen Arznei-
mitteln zur Iodblockade der Schilddrüse bei radiologischen
Ereignissen (Kaliumiodidverordnung - KIV) v. 05.06.2003
(BGBl. I S. 850), geänd. d. G. v. 21.06.2005 (BGBl. I S.
1818).
- KraftstoffLBV Verordnung über Lieferbeschränkungen für Kraftstoff in
einer Versorgungskrise (Kraftstoff-Lieferbeschränkungs-
Verordnung - KraftstoffLBV) v. 26.04.1982 (BGBl. I S.
520), zul. geänd. d. G. v. 25.04.2007 (BGBl. I S. 594).
- LuftVGesVDV Verordnung zur Durchführung der Internationalen Ge-
sundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 im Luftverkehr
(LuftVGesVDV) v. 11.11.1971 (BGBl. I S. 1809), zul. ge-
änd. d. VO v. 20.07.1979 (BGBl. I S. 1121).
- MinÖIAV Verordnung über einen Mineralölausgleich in einer Ver-
sorgungskrise (Mineralölausgleichs-Verordnung) v.
13.12.1985 (BGBl. I S. 2267), zul. geänd. d. G. v.
21.12.2000 (BGBl. I S. 1956).
- SchGMPfIVO Verordnung über die Meldepflicht bei Influenza, die durch
das erstmals im April 2009 in Nordamerika aufgetretene
neue Virus ("Schweine-Grippe") hervorgerufen wird v.
30.04.2009 (BAnz. S. 1590), zul. geänd. d. VO v.
09.11.2009 (BAnz. S. 3884), (Schweinegrippe-
Meldepflichtverordnung - SchGMPfIVO).

- TierSchNutztV Verordnung zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere und anderer zur Erzeugung tierischer Produkte gehaltener Tiere bei ihrer Haltung (Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung - TierSchNutztV) i. F. d. Bek. v. 22.08.2006 (BGBl. I S. 2043), zul. geänd. d. VO v. 01.10.2009 (BGBl. I S. 3223).
- VgV Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV) i. d. F. d. Bek. v. 11.02.2003 (BGBl. I S. 169), zul. geänd. d. VO v. 07.06.2010 (BGBl. I S. 724).

4. Katastrophenschutzgesetze der Länder

- bwKatSG Gesetz über den Katastrophenschutz (Landeskatastrophenschutzgesetz - LKatSG) i. d. F. v. 22.11.1999 (GBl. S. 625), zul. geänd. d. G. v. 7. 3. 2006 (GBl. S. 60).
- bayKSG Bayerisches Katastrophenschutzgesetz (BayKSG) v. 24.07.1996 (GVBl. S. 282), zul. geänd. d. G. v. 27.07.2009 (GVBl. S. 392).
- blnKatSG Gesetz über die Gefahrenabwehr bei Katastrophen (Katastrophenschutzgesetz - KatSG) v. 11.02.1999 (GVBl. S. 78), BRV 2192-1, zul. geänd. d. G. v. 26.01.2004 (GVBl. S. 25).
- bbgBKG Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKG) v. 24.05.2004 (GVBl. I S. 197), zul. geänd. d. G. v. 23.09.2008 (GVBl. I S. 202).
- bremHilfeG Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG) i. F. d. Bek. v. 19.03.2009 (Brem. GBl. S. 105).
- hmbKatSG Hamburgisches Katastrophenschutzgesetz v. 16.01.1978 (GVBl. S. 31), zul. geänd. d. G. v. 15.12.2009 (GVBl. S. 405, 435).
- heBKG Hessisches Gesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - HBKG), i. d. F. v. 03.12.2010, (GVBl. I S. 502).

- mvKatSG Gesetz über den Katastrophenschutz in Mecklenburg-Vorpommern, (Landeskatastrophenschutzgesetz - LKatSG M-V) v. 24.10.2001 (GVOBl. M-V S. 393), zul. geänd. d. G. v. 24.06.2010 (GVOBl. M-V S. 318).
- ndsKatSG Niedersächsisches Katastrophenschutzgesetz (NKatSG) i. d. F. v. 14.02.2002 (Nds. GVBl. S. 73), zul. geänd. d. G. v. 25.03.2009 (Nds. GVBl. S. 72).
- nrwFSHG Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) v. 10.02.1998 (GV. NW. S. 122), zul. geänd. d. G. v. 08.12.2009 (GV. NRW. S. 765, ber. S. 793).
- rpBKG Landesgesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz v. 02.11.1981 (GVBl. S. 436), zul. geänd. d. G. v. 17.06.2008 (GVBl. S. 99).
- saarBKG Gesetz über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saarland (SBKG) v. 29.11.2006 (Amtsbl. S. 2207), zul. geänd. d. G. v. 01.07.2009 (Amtsbl. S. 1388).
- sächsBRKG Sächsisches Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) v. 24.06.2004, (SächsGVBl. S. 245, ber. S. 647), zul. geänd. d. G. v. 27.01.2012 (SächsGVBl. S. 130).
- lsaKatSG Katastrophenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KatSG-LSA), i. d. F. d. Bek. v. 05.08.2002 (GVBl. LSA S. 339), zul. geänd. d. G. v. 28.06.2005 (GVBl. LSA S. 320).
- shKatSG Gesetz über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (Landeskatastrophenschutzgesetz - LKatSG) i. d. F. v. 10.12.2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664), zul. geänd. d. G. v. 07.01.2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 12).
- thürBKG Thüringer Gesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz - ThürBKG), i. d. F. d. Bek. v. 05.02.2008 (GVBl. S. 22), zul. geänd. d. G. v. 12.05.2009 (GVBl. S. 415).

5. Rettungsdienstgesetze der Länder

- bwRDG Gesetz über den Rettungsdienst (Rettungsdienstgesetz - RDG) i. d. F. v. 08.02.2010 (GBl. S. 285).

- bayRDG Bayerisches Rettungsdienstgesetz (BayRDG) v. 22.07.2008 (GVBl. S. 429).
- blnRDG Gesetz über den Rettungsdienst für das Land Berlin (Rettungsdienstgesetz - RDG) v. 08.07.1993 (GVBl. S. 313), zul. geänd. d. G. v. 04.03.2005 (GVBl. S. 125).
- bbgRettG Gesetz über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz - BbgRettG) v. 14.07.2008 (GVBl. I S. 186).
- bremHilfeG Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG) i. F. d. Bek. v. 19.03.2009 (Brem. GBl. S. 105).
- hmbRDG Hamburgisches Rettungsdienstgesetz v. 09.06.1992 (GVBl. S. 117, zul. geänd. d. G. v. 19.04.2011 (GVBl. S. 123).
- heRDG Hessisches Rettungsdienstgesetz (HRDG) v. 16.12.2010 (GVBl. I S. 646).
- mvRDG Gesetz über den Rettungsdienst für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Rettungsdienstgesetz - RDG M-V) v. 01.07.1993 (GVOBl. M-V S. 623, ber. S. 736), zul. geänd. d. G. v. 17.12.2003 (GVOBl. M-V 2004 S. 2).
- ndsRettDG Niedersächsisches Rettungsdienstgesetz (NRettDG) i. d. F. v. 02.10.2007 (Nds. GVBl. S. 474).
- nwrRettG Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen (Rettungsgesetz NRW - RettG NRW) v. 24.11.1992 (GV. NRW. S. 458), zul. geänd. d. G. v. 08.12.2009 (GV. NRW. S. 750).
- rpRettDG Landesgesetz über den Rettungsdienst sowie den Notfall- und Krankentransport v. 22.04.1991 (GVBl. s. 217), zul. geänd. d. G. v. 23.12.2010 (GVBl. S. 567).
- saarRettG Saarländisches Rettungsdienstgesetz (SRettG) v. 13.01.2004 (Amtsbl. S. 170), zul. geänd. d. G. v. 21.11.2007 (Amtsbl. S. 2393).
- sächsBRKG Sächsisches Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) v. 24.06.2004, (SächsGVBl. S. 245, ber. S. 647), zul. geänd. d. G. v. 27.01.2012 (SächsGVBl. S. 130).
- lsaRettDG Rettungsdienstgesetz Sachsen-Anhalt (RettDG LSA) v. 21.03.2006 (GVBl. LSA S. 84), zul. geänd. d. G. v. 01.12.2010 (GVBl. LSA S. 554).

- shRDG Gesetz über die Notfallrettung und den Krankentransport (Rettungsdienstgesetz - RDG) v. 29.11.1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 579, ber. S. 691 und 1992 S. 32), zul. geänd. d. G. v. 13.07.2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 218).
- thürRettG Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) v. 16.07.2008 (GVBl. S. 233).

6. Brandschutz-/Hilfeleistungsgesetze der Länder

- bwFwG Feuerweggesetz (FwG) i. d. F. v. 02.03.2010 (GBl. S. 333).
- bayFwG Bayerisches Feuerweggesetz (BayFwG) v. 23.12.1981, BayRS III, S. 630, zul. geänd. d. G. v. 20.12.2011 (GVBl. S. 689).
- blnFwG Gesetz über die Feuerwehren im Land Berlin (Feuerweggesetz - FwG) v. 23.09.2003 (GVBl. S. 457), zul. geänd. d. G. v. 19.03.2009 (GVBl. S. 70).
- bbgBKG Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKG) v. 24.05.2004 (GVBl. I S. 197), zul. geänd. d. G. v. 23.09.2008 (GVBl. I S. 202).
- bremHilfeG Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG) i. F. d. Bek. v. 19.03.2009 (Brem. GBl. S. 105).
- hmbFwG Feuerweggesetz v. 23.06.1986 (HmbGVBl. 1986, S. 137), zul. geänd. d. G. v. 15.12.2009 (HmbGVBl. S. 405, 435).
- heBKG Hessisches Gesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - HBKG), i. d. F. v. 03.12.2010, (GVBl. I S. 502).
- mvBrSchG Gesetz über den Brandschutz und die Technischen Hilfeleistungen durch die Feuerwehren für Mecklenburg-Vorpommern (Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz M-V - BrSchG) i. d. F. d. Bek. v. 03.05.2002 (GVOBl. M-V S. 254), zul. geänd. d. G. v. 17.03.2009 (GVOBl. M-V S. 282).

- ndsBrandSchG Niedersächsisches Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Niedersächsisches Brandschutzgesetz - NBrandSchG) v. 08.03.1978 (Nds. GVBl. S. 233), zul. geänd. d. G. v. 13.10.2011 (Nds. GVBl. S. 353).
- nrwFSHG Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) v. 10.02.1998 (GV. NW. S. 122), zul. geänd. d. G. v. 08.12.2009 (GV. NRW. S. 765, ber. S. 793).
- rpBKG Landesgesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Brand- und Katastrophenschutzgesetz - LBKG) v. 02.11.1981 (GVBl. S. 436), zul. geänd. d. G. v. 17.6.2008 (GVBl. S. 99).
- saarBKG Gesetz über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saarland (SBKG) v. 29.11.2006 (Amtsbl. S. 2207), zul. geänd. d. G. v. 01.07.2009 (Amtsbl. S. 1388).
- sächsBRKG Sächsisches Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) v. 24.06.2004, (SächsGVBl. S. 245, ber. S. 647), zul. geänd. d. G. v. 27.01.2012 (SächsGVBl. S. 130).
- lsaBrSchG..... Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Brandschutzgesetz - BrSchG) i. d. F. d. Bek. v. 07.06.2001 (GVBl. LSA S. 190), zul. geänd. d. G. v. 17.02.2010 (GVBl. LSA S. 69).
- shBrSchG Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Brandschutzgesetz - BrSchG) v. 10.02.1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 200), zul. geänd. d. G. v. 17.12.2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 789) .
- thürBKG Thüringer Gesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz - ThürBKG), i. d. F. d. Bek. v. 05.02.2008 (GVBl. S. 22), zul. geänd. d. G. v. 12.05.2009 (GVBl. S. 415).

7. Gesundheitsdienstgesetze der Länder

- bwÖGDG Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz - ÖGDG) v. 12.12.1994 (GBl. S. 663), zul. geänd. d. G. v. 9.11.2010 (GBl. S. 793).

- bayGDVG Gesetz über den öffentlichen Gesundheits- und Veterinär-
dienst, die Ernährung und den Verbraucherschutz sowie
die Lebensmittelüberwachung (Gesundheitsdienst- und
Verbraucherschutzgesetz - GDVG) v. 24.07.2003 (GVBl
S. 452, ber. 752), zul. geänd. d. G. v. 25.05.2011 (GVBl
S. 234).
- blnGDG Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesund-
heitsdienst-Gesetz - GDG) v. 25.05.2006 (GVBl. S. 450),
zul. geänd. d. G. v. 17.12.2009 (GVBl. S. 875).
- bbgGDG Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land
Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz
- BbgGDG) v. 23.04.2008 (GVBl. I S. 95), zul. geänd. d.
G. v. 15.07.2010 (GVBl. I S. 1).
- bremÖGDG Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande
Bremen (Gesundheitsdienstgesetz - ÖGDG) v. 27.03.1995
(Brem. GBl. S. 175), zul. geänd. d. G. v. 25.05.2010
(Brem. GBl. S. 349).
- hmbGDG Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Ham-
burg v. 18.07.2001 (HmbGVBl. S. 201), zul. geänd. d. G.
v. 15.12.2009, (HmbGVBl. S. 507).
- heGöGD Hessisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst
(HGöGD) v. 28.09.2007 (GVBl. I S. 659), zul. geänd. d. G.
v. 24.03.2010 (GVBl. I S. 123).
- mvÖGDG Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land
Mecklenburg-Vorpommern (Gesetz über den Öffentlichen
Gesundheitsdienst – ÖGDG M-V) v. 19.07.1994 (GVOBl.
M-V S. 747), zul. geänd. d. G. v. 06.07.2011 (GVOBl. M-
V S. 405, 408).
- ndsGöGD Niedersächsisches Gesetz über den öffentlichen Gesund-
heitsdienst (NGöGD) v. 24.03.2006 (Nds. GVBl. S. 178).
- nwrÖGDG Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes
Nordrhein-Westfalen (ÖGDG NRW) v. 25.11.1997 (GV.
NW. S. 430), zul. geänd. d. G. v. 08.12.2009 (GV. NRW.
S. 750, ber. S. 869).
- rpÖGDg Landesgesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst v.
17.11.1995 (GVBl. S. 485), zul. geänd. d. G. v. 20.10.2010
(GVBl. S. 362).

- saarÖGDG Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz - ÖGDG -) v. 09.05.1999 (Amtsbl. S. 844), zul. geänd. d. G. v. 18.11.2010 (Amtsbl. I S. 1420).
- sächsGDG Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst im Freistaat Sachsen (SächsGDG) v. 11.12.1991 (SächsGVBl. S. 413), zul. geänd. d. G. v. 19.05.2010 (SächsGVBl. S. 142).
- lsaGDG Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Berufsausübung im Gesundheitswesen im Land Sachsen-Anhalt (Gesundheitsdienstgesetz - GDG LSA) v. 21.11.1997 (GVBl. LSA S. 1023), zul. geänd. d. G. v. 17.02.2011 (GVBl. LSA S. 136).
- shGDG Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienst-Gesetz - GDG -) v. 14.12.2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 398), zul. geänd. d. G. v. 13.07.2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 218).

8. Krankenhausgesetze der Länder

- bwLKHG Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg (LKHG) i. d. F. d. v. 29.11.2007 (GBl. 2008 S. 13), zul. geänd. d. G. v. 07.02.2011 (GBl. S. 47).
- bayKrG Bayerisches Krankenhausgesetz (BayKrG) i. d. F. d. Bek. v. 28.03.2007 (GVBl S. 288), zul. geänd. d. G. v. 23.04.2008 (GVBl S. 139).
- blnLKG Landeskrankenhausgesetz (LKG) v. 18.09.2011 (GVBl. S. 483).
- bbgKHEG Gesetz zur Entwicklung der Krankenhäuser im Land Brandenburg (Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz - BbgKHEG) v. 08.07. 2009 (GVBl. I S. 310).
- bremKrhG Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG) v. 12.04.2011 (Brem. GBl. S. 252).
- hmbKHG Hamburgisches Krankenhausgesetz v. 17.04.1991 (HmbGVBl. S. 127), zul. geänd. d. G. v. 06.10.2006 (HmbGVBl. S. 510).

- heKHG Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Krankenhauswesens in Hessen (Hessisches Krankenhausgesetz 2011 - HKHG 2011) v. 21.12.2010 (GVBl. I S. 587), zul. geänd. d. G. v. 15.09.2011 (GVBl. I S. 425).
- mvLKHG Krankenhausgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landeskrankenhausgesetz - LKHG M-V) v. 20.05.2011 (GVOBl. M-V S. 327).
- ndsKHG Niedersächsisches Gesetz zum Bundesgesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze - Nds. KHG, i. d. F. v. 12.11.1986 (Nds. GVBl. S. 343), zul. geänd. d. G. v. 19.12.1995 (Nds. GVBl. S. 463).
- nrwKHGG Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW) v. 11.12.2007 (GV. NRW. S. 702, ber. 2008 S. 157), zul. geänd. d. G. v. 16.03.2010 (GV. NRW. S. 184).
- rpLKG Landeskrankenhausgesetz (LKG) v. 28.11.1986 (GVBl. S. 342), zul. geänd. d. G. v. 01.12.2010 (GVBl. S. 433).
- saarKHG Saarländisches Krankenhausgesetz v. 13.07.2005 (Amtsbl. S. 1290), zul. geänd. d. G. v. 18.11.2010 (Amtsbl. I S. 1420).
- sächsKHG Gesetz zur Neuordnung des Krankenhauswesens (Sächsisches Krankenhausgesetz - SächsKHG) v. 19.08.1993 (SächsGVBl. S. 675), zul. geänd. d. G. v. 29.01.2008 (SächsGVBl. S. 138).
- lsaKHG Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt (KHG LSA) i. d. F. d. Bek. v. 14.04.2005, (GVB. LSA S. 202), zul. geänd. d. G. v. 9. 12. 2009 (GVBl. LSA S. 644, 646).
- shAG-KHG Gesetz zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG-KHG) v. 12.12.1986 (GVOBl. Schl.-H. S. 302), zul. geänd. d. G. v. 17.12.2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 789, ber. GVOBl. Schl.-H. 2011 S. 20).
- thürKHG Thüringer Krankenhausgesetz (ThürKHG) i. d. F. d. Bek. v. 30.04.2003 (GVBl 2003, S. 262).

9. Polizei- und Ordnungsgesetze der Länder

- bwPolG Polizeigesetz (PolG) i. d. F. v. 13.01.1992 (GBl. S. 1, ber. S. 596, 1993 S. 155), zul. geänd. d. G. v. 04.05. 2009 (GBl. S. 195).
- bayPAG Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) i. d. F. d. Bek. v. 14.9.1990 (GVBl. S. 397), zul. geänd. d. G. v. 22.04.2010 (GVBl. S. 190).
- blnASOG Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz - ASOG Bln) i. d. F. v. 11.10.2006 (GVBl. S. 930), zul. geänd. d. G. v. 18.09. 2011 (GVBl. S. 482).
- bbgPolG Gesetz über die Aufgaben, Befugnisse, Organisation und Zuständigkeit der Polizei im Land Brandenburg (Brandenburgisches Polizeigesetz - BbgPolG) v 19.03.1996 (GVBl. I S. 74), zul. geänd. d. G. v. 09.06.2011 (GVBl. I S. 1).
- bremPolG Bremisches Polizeigesetz (BremPolG) 06.12.2001 (Brem.GBl. S. 441, ber. 2002 S. 47), zul. geänd. d. G. v. 22.12.2009 (Brem.GBl. 2010 S. 17).
- hmbSOG Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) v. 14.03.1966 (HmbGVBl. S. 77), zul. geänd. d. G. v. 15.12.2009 (HmbGVBl. S. 405, 433).
- heSOG Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) i. d. F. v. 14.01.2005 (GVBl. I S. 14), zul. geänd. d. G. v. 14.12.2009 (GVBl. I S. 635).
- mvSOG Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz - SOG M-V) i. d. F. d. Bek. v. 9.05.2011 (GVOBl. M-V S. 246).
- ndsSOG Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) v. 19.01.2005 (Nds. GVBl. S. 9) 07.10.2010 (Nds. GVBl. S. 465).
- nrwPolG Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (PolG NRW) i. d. F. d. Bek. v. 25.07.2003 (GV. NRW. S. 441), zul. geänd. d. G. v. durch 09.02.2010 (GV. NRW. S. 132).
- nrwOBG Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - i. d. F. d. Bek. v. 13.05.1980 (GV. NRW. S. 528), zul. geänd. d. G. v. 08. 12.2009 (GV. NRW. S. 765, ber. S. 793).

- rpPOG Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) i. d. F. v. 10.11.1993 (GVBl. S. 595), zul. geänd. d. G. v. 15.02.2011 (GVBl. S. 26).
- saarPolG Saarländisches Polizeigesetz (SPolG) v. 26.03.2001 (Amtsbl. S. 1074), zul. geänd. d. G. v. 26.10.2010 (Amtsbl. I S. 1406).
- sächsPolG Polizeigesetz des Freistaates Sachsen (SächsPolG) i. d. F. v. 13.08.1999 (SächsGVBl. S. 466), zul. geänd. d. G. v. 15.12.2010 (SächsGVBl. S. 387).
- lsaSOG Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) i. d. F. d. Bek. v. 23.09.2003 (GVBl. LSA S. 214), zul. geänd. d. G. v. 18.05.2010 (GVBl. LSA S. 340).
- shLVwG Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG) i. d. F. v. 02.06.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 243, ber. S. 534), zul. geänd. d. G. v. 17.12.2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 789).
- thürPAG Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG -) v. 04.06.1992 (GVBl. 1992, S. 199) zul. geänd. d. G. v. 09.09.2010 (GVBl. S. 291).

10. Versammlungsgesetze der Länder

- bayVersG Bayerisches Versammlungsgesetz (BayVersG) v. 22.07.2008 (GVBl. S. 421), zul. geänd. d. G. v. 22.04.2010 (GVBl. S. 190).
- ndsVersG Niedersächsisches Versammlungsgesetz (NVersG) v. 07.10.2010 (Nds. GVBl. S. 465, ber. S. 532).
- lsaVersG Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt über Versammlungen und Aufzüge (Landesversammlungsgesetz - VersammlG LSA) v. 03.12.2009 (GVBl. LSA S. 558).

11. Sonstige Landesgesetze

- bayLKrO Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (Landkreisordnung - LKrO) i. d. F. d. Bek. v. 22.08.1998 (GVBl. S. 826), zul. geänd. d. G. v. 27.07.2009 (GVBl. S. 400).

- bayILSG Gesetz über die Errichtung und den Betrieb Integrierter Leitstellen (ILSG) v. 25.07.2002 (GVBl S. 318), zul. geänd. d. G. v. 22.07.2008 (GVBl S. 429).
- saarILSG Gesetz über die Errichtung und den Betrieb der Integrierten Leitstelle des Saarlandes (ILSG) v. 29.11.2006 (Amtsbl. S. 2207), zul. geänd. d. G. v. 16.11.2011 (Amtsbl. I S. 431).
- shKTrIfS Gesetz über die Kostenträger nach dem Infektionsschutzgesetz (Kostenträger-Infektionsschutzgesetz - KTr IfSG) v. 11.12.2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 364).

12. Länderverordnungen

- bayAVIfSG Infektionsschutz-Ausführungsverordnung v. 15. 1. 2001 (GVBl S. 30), zul. geänd. d. G. v. 28.07.2009 (GVBl S. 408).
- bwIfSGZuVO Verordnung des Ministeriums für Arbeit und Soziales über Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz v. 19.07.2007 (GBl. S. 361).
- bbgLRettdpvo Verordnung über den Landesrettungsdienstplan des Landes Brandenburg v. 24.02.1997 (GVBl. II S.106).
- bbgIfSZV Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und zur Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutzzuständigkeitsverordnung - IfSZV) v. 27.11.2007 (GVBl. II S. 488), zul. geänd. d. G. v. 15.07.2010 (GVBl. I S. 1).
- heRDGDVO Verordnung zur Durchführung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes, v. 03.01.2011 (GVBl. II S. 351-85).
- mvIfSAG Gesetz zur Ausführung des Infektionsschutzgesetzes (Infektionsschutzausführungsgesetz - IfSAG M-V) v. 03.07.2006 (GVOBl. M-V S. 524) zul. geänd. d. G. v. 06.07.2011 (GVOBl. M-V S. 405).
- nrwAMBevorra- Verordnung über die Bevorratung von Arzneimitteln und tungsVO Medizinprodukten für Großschadensereignisse in Krankenhäusern im Land Nordrhein-Westfalen (Arzneimittelbevorratungsverordnung) v. 30.08.2000 (GV. NRW. S. 632), zul. geänd. d. VO v. 01.12.2009 (GV. NRW. S. 753).

- nwrZVO-IfSG Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (ZVO-IfSG) v. 28.11.2000 (GV. NRW. S. 701), zul. geänd. d. G. v. 30.10.2007 (GV. NRW. S. 482).
- rpLInfSchVO Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes v. 10.03.2010 (GVBl. S. 55).
- saarZustInfektVO .. Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz v. 20.9.2001 (Amtsbl. S. 1810), zul. geänd. d. G. v. 24.01.2006 (Amtsbl. S. 174).
- sächsIfSGZuVO Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz v. 19.03.2002 (SächsGVBl. S. 114), zul. geänd. d. VO v. 01.07.2008 (SächsGVBl. S. 422).
- sächsLRettDPVO .. Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Rettungsdienstplanung im Freistaat Sachsen (Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung - SächsLRettDPVO) v. 05.12.2006 (SächsGVBl. S. 79), zul. geänd. d. VO v. 06.01.2011 (SächsGVBl. S. 15).
- thürIfKrZustVO Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Infektionsschutzgesetz 10.12.2002 (GVBl. S. 496).
- thürÖffGesund-
heitsVO Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Aufgaben der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten, i. d. F. d. Bek. v. 02.10.1998 (GVBl. I S. 337).

Teil A. Einführung

Seit einigen Jahren, insbesondere seit dem 11.09.2001 steht der Katastrophenschutz verstärkt im politischen Blickpunkt.¹ Nicht nur die Gefahr von Terroranschlägen hat die Notwendigkeit von Vorkehrungen für Schutz und Hilfe bei Großschadenslagen und Katastrophen² verstärkt ins Bewusstsein gerückt. Auch Naturkatastrophen, wie die Hochwässer an Elbe und Oder 1997, 2002 und 2006, der Stromausfall im Münsterland aufgrund von Schneelast 2005 oder die befürchtete Entwicklung von Krankheiten wie SARS, der „Vogelgrippe“ (H5N1) und der „Schweinegrippe“ (H1N1) zu Pandemien, haben die Bedeutung eines funktionierenden Katastrophenschutzes praktisch verdeutlicht. Katastrophen im Ausland, wie der Hurrikan „Katrina“ an der Golfküste 2005 oder auch Hurrikan „Irene“ 2011³, großflächige Überschwemmungen in Pakistan 2010 und in Thailand inkl. der Stadt Bangkok im Oktober 2011, die „Ölkatastrophe“ nach dem Untergang der „Deepwater Horizon“ im April 2010, Tsunamis u.a. im Dezember 2004 in Südostasien oder das Erdbeben in Japan im März 2011 mit der Folge eines Tsunami und der „Atomkatastrophe“ im Kernkraftwerk Fukushima, verdeutlichen immer wieder, dass sowohl mit Naturkatastrophen als auch Stör- und Unfällen in der Industrie oder Kombinationen aus beidem grds. zu rechnen ist und zwar auch in beträchtlichen Dimensionen. Im Zuge des Klimawandels wird eine Zunahme von Naturkatastrophen befürchtet.⁴ Gleichzeitig steigt die Abhängigkeit moderner Gesellschaften von moderner Infrastruktur⁵ - wie insb. Stromversorgung⁶, Informationstechnologie⁷ oder Verkehrsleistungen zur Auf-

-
- 1 Vgl. zu den heutigen Rahmenbedingungen: *Reichenbach et al.* (Hrsg.), *Risiken und Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit in Deutschland* (Grünbuch), S. 10 f.
 - 2 Zu den Begriffen s.u. Teil B.I.2.
 - 3 Der weniger wegen der angerichteten Schäden oder Todesopfer, sondern mehr wegen der Vorbereitungen, wie Evakuierungen von Teilen New Yorks, in den Medien präsent war, s. *Süddeutsche.de* v. 27.08.2011, <http://www.sueddeutsche.de/panorama/hurrikan-erreicht-die-usa-irene-tobt-an-der-ostkueste-erste-todesopfer-1.1135795> (aufgerufen am 25.10.2011).
 - 4 *BBK* (Hrsg.), *Klimawandel - Herausforderung für den Bevölkerungsschutz; Goersch, Empirische Untersuchung von Möglichkeiten der Förderung der Persönlichen Notfallvorsorge in Deutschland*, S. 29 ff. m.w.N.
 - 5 Zu Gefährdungen der Infrastrukturen *Geier et al.*, in: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)/Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V. (DGKM) (Hrsg.), *Notfall- und Katastrophenpharmazie I*, S. 1 (79 ff.).
 - 6 Zu Folgen eines großflächigen, langfristigen Stromausfalls *Reichenbach et al.* (Hrsg.), *Risiken und Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit in Deutschland* (Grünbuch), S. 16 ff. Umfassende Analyse möglicher Auswirkungen s. Bericht des Aus-

rechterhaltung der Lebensmittelversorgung - wodurch eine neue, teils erhöhte Vulnerabilität entsteht. Die Risiken von Ausfällen solcher Infrastrukturen und deren Folgen hängen von zahlreichen Faktoren ab, u.a. Robustheit, Pufferkapazität, Abhängigkeit von anderen Infrastrukturen, Anpassungsfähigkeit, Qualitätsniveau, Redundanz und Substituierbarkeit.⁸ Für den Grad an Ausfallsicherheit, mit dem kritische Infrastrukturen ausgestattet werden, spielen auch Kostendruck und Wirtschaftlichkeit eine Rolle. Vorbereitungen auf internationale Großveranstaltungen wie die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 oder den Weltjugendtag in Köln 2005 beinhalteten auch Konzepte für mögliche Schadenslagen - nicht nur durch Anschläge - und haben zur Bedeutungssteigerung des Katastrophenschutzes beigetragen.

Schadensumfang und -höhe von Katastrophen sowie die Möglichkeiten zur Bewältigung eingetretener Schäden und deren Folgen für die betroffenen Menschen hängen dabei nicht zuletzt auch von der Vorbereitung von Behörden wie Privaten bzw. den gesellschaftlichen Möglichkeiten hierzu ab. Vor diesem Hintergrund wurden in den letzten Jahren in Bund und Ländern Katastrophenschutzkonzepte überarbeitet und neue entwickelt.⁹

-
- schusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) gem. § 56a der Geschäftsordnung, TA-Projekt: Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften - am Beispiel eines großräumigen Ausfalls der Stromversorgung, BT-Drs. 17/5672.
- 7 Zu Bedrohungen durch den Ausfall von IT-Infrastrukturen *Helmbrecht*, in: Kloepfer (Hrsg.), Schutz kritischer Infrastrukturen, S. 39 ff. Mit kritischer Anmerkung, dass die Gefährdungen häufig nur behauptet würden *Möllers/Pflug*, in: Kloepfer (Hrsg.), Schutz kritischer Infrastrukturen, S. 47.
- 8 S. ausführlich *Lenz*, Vulnerabilität Kritischer Infrastrukturen, S. 51 ff. Ähnlich unter der Überschrift „Bewältigungskapazität“ *Birkmann et al.*, State of the Art der Forschung zur Verwundbarkeit Kritischer Infrastrukturen am Beispiel Strom/Stromausfall, S. 73 ff.
- 9 Vgl. die zwischen Bund und Ländern vereinbarte „Neue Strategie“, *Bundesverwaltungsamt - Zentralstelle für Zivilschutz* (Hrsg.), Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland; exemplarisch für die Bewältigung eines Massenankfalls an Verletzten (MANV) *Rheinische Projektgruppe MANV-Überörtlich*, Einsatzkonzept ÜMANV, Überörtliche Unterstützung im Massenankfall von Verletzten. Einsatzkonzept zur Bewältigung von Großschadenslagen mit 500-1.200 Patienten durch überörtliche Unterstützung. Laut Experteninterviews Nr. 17; 22 spiegeln sich die hierzu in NRW etablierten Strukturen noch nicht in den betreffenden Gesetzen wider.
- S. auch die Empfehlungen zur Katastrophenvorsorge für Privathaushalte und Unternehmen, exemplarisch *BBK* (Hrsg.), Für den Notfall vorgesorgt; *Bundesministerium des Innern (BMI)*, Schutz Kritischer Infrastrukturen - Risiko- und Krisenmanagement;

Die Verhinderung unmittelbar drohender Katastrophen und der unmittelbare Schutz und die Rettung von Menschen, Umwelt und Sachwerten bei eingetretenen Katastrophen ist Angelegenheit „des Katastrophenschutzes“, von der rechtlichen Seite betrachtet: des Katastrophenschutzrechts. Ungeachtet seiner Bedeutung im „Ernstfall“ ist das Katastrophenschutzrecht jedoch bislang wenig beleuchtet,¹⁰ auch wenn in jüngerer Zeit eine Zunahme rechtswissenschaftlicher Auseinandersetzung hiermit festzustellen ist.¹¹

Katastrophenschutzrecht stellt sich dabei rasch als übergreifende Materie dar, die weit über die Regelungen der Katastrophenschutzgesetze hinausreicht. Auf den ersten Blick scheint Katastrophenschutz eine Angelegenheit der Katastrophenschutzbehörden nach den einschlägigen Gesetzen und in der praktischen Ausführung Sache der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks, der Rettungsdienste und von Katastrophenschutzeinheiten zu sein. Diese sind zwar in die Katastrophenabwehr - je nach Lage - involviert. Bei näherer Betrachtung werden jedoch vielfältige Wechselbezüge zu anderen Verwaltungsdisziplinen deutlich. Diese Inter- und Intradisziplinarität¹² ist zum einen der Funktion des Katastrophenschutzes als Koordinierungsinstrument¹³ geschuldet. Katastrophen können die Sachgebiete unterschiedlichster Verwaltungen sowie privatwirtschaftlicher

BBK/Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Stuttgart, Handbuch betriebliche Pandemieplanung.

- 10 Vgl. nur die Bezeichnung als „verdrängtes“ bzw. „vernachlässigtes“ Rechtsgebiet von *Trute*, *KritV* 2005, 342; bzw. *Stober/Eisenmenger*, *NVwZ* 2005, 121.
- 11 *Gusy*, *DÖV* 2011, 85; *Kloepfer*, *VerwArch* 2007, 163; *Kloepfer* (Hrsg.), *Katastrophenrecht: Grundlagen und Perspektiven*; *Meyer-Teschendorf*, in: *Pitschas/Uhle* (Hrsg.), *FS-Scholz*, S. 798 ff; *Meyer-Teschendorf*, *DVBt.* 2009, 1221; *Musil/Kirchner*, *Die Verwaltung* 2006, 373; *Sattler*, *Gefahrenabwehr im Katastrophenfall*; *T. Unger*, *Katastrophenabwehrrecht*; *Walus*, *LKV* 2010, 152; *Wien*, *Katastrophenschutz und Katastrophenhilfe im Lichte des Grundgesetzes*; v. *Zimmermann/Czepull*, *DVBt.* 2011, 270.
- Zu einzelnen Themenbereichen: *Gusy*, in: *Mehde/Ramsauer/Seckelmann* (Hrsg.), *FS-Bull.* 996; *Kloepfer* (Hrsg.), *Hochwasserschutz*, 2009; *Kloepfer* (Hrsg.), *Schutz kritischer Infrastrukturen*, 2010; *Kloepfer* (Hrsg.), *Pandemien als Herausforderung für die Rechtsordnung*, 2011; *Kloepfer/Deye*, *DVBt.* 2009, 1208; *Lüder*, *NWVBt.* 2009, 251; *Walus*, *Bevölkerungsschutz* 2010, 22; *Walus*, *Bevölkerungsschutz* 2010, 31; *Walus*, *DÖV* 2010, 127; *Walus*, *EuR* 2010, 564. Als Teil übergreifender Sicherheitsfragen: *Gusy*, *KritV* 2010, 111; *Gusy*, *VerwArch* 2010, 309.
- 12 *Stober*, in: *Kloepfer* (Hrsg.), *Katastrophenrecht: Grundlagen und Perspektiven*, S. 43 (44).
- 13 S. hierzu unten Teil B.I.2.a) und B.II.2.

Versorgungsstrukturen betreffen.¹⁴ Der Katastrophenschutz ist das Instrument, mit dem die Lagebewältigung durch eine einheitliche Leitung koordiniert wird. Zum anderen wird die Komplexität der Materie deutlich, wenn man nicht nur die Schadensbewältigung bei einer bereits eingetretenen Katastrophe betrachtet. Sieht man sie im Zusammenhang der Katastrophenvermeidung (= Verhinderung ihres Eintritts¹⁵), Katastrophenvorsorge (= Vorbereitung für den Fall ihres Eintritts¹⁶), unmittelbarer Schadensprävention und -bewältigung sowie mittelfristiger Schadensbeseitigung, dann ist festzustellen, dass zahlreiche Vorschriften der allgemeinen und besonderen Gefahrenabwehr bzw. „Risikovorsorge“ auch der Vermeidung von Katastrophen und der sektoralen Vorbereitung auf die Bewältigung von Schadensfällen dienen. Diese allgemeine und besondere Gefahrenvermeidung und -vorsorge ist nicht Bestandteil des Katastrophenschutzes im engeren Sinne.¹⁷ Katastrophenschutz ist dann die Reservematerie für den Fall, dass die übrige sektorale Gefahrenvermeidung, -vorsorge und -abwehr versagt.¹⁸ Hierbei sind die Grenzen, insbesondere die Frage, welche Vorsorge Sache der Fachressorts und welche Sache des Katastrophenschutzes ist, keinesfalls geklärt.¹⁹

Aus den vielfältigen Problemlagen, die sich angesichts dieser Gemengelage stellen, in die das Katastrophenrecht und der Katastrophenschutz verwoben sind, sollen im Rahmen dieser Arbeit einzelne aktuelle Themenbereiche herausgegriffen und vertieft analysiert werden.

Zunächst wird als einführende Grundlage ein Überblick über den rechtlichen Katastrophenbegriff, seine Funktion und die Grundstrukturen des Katastrophenschutzes gegeben.

14 Verkehrsträger, Bauaufsichts-, Forst-, Wasser-, Wohnungs-, Immissionsschutz-, Gesundheits-, Veterinär- und Umweltverwaltung, Privatunternehmen mit benötigten Ressourcen wie Transportmittel, Spezialgeräte, Energieversorger, Telekommunikationsunternehmen etc. S. auch die Aufzählung bei *Reichenbach* et al., (Hrsg.), Risiken und Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit in Deutschland (Grünbuch), S. 12.

15 *Kloepfer*, *VerwArch* 2007, 163 (169).

16 *Kloepfer*, *VerwArch* 2007, 163 (169).

17 *Kloepfer*, *VerwArch* 2007, 163 (169); *T. Unger*, *Katastrophenabwehrrecht*, S. 13 ff., bei abweichender Verwendung der Begriffe Vorsorge und Vermeidung. Zur Katastrophenvermeidung und -vorsorge anhand der Beispiele Klimaschutz, Störfallrecht, Hochwasservermeidung im Wasserrecht *Ekardt*, in: *Kloepfer* (Hrsg.), *Katastrophenrecht: Grundlagen und Perspektiven*, S. 61 (62 ff.).

18 *Trute*, *KritV* 2005, 342 (346).

19 Etwa bei der Frage der Notfallkapazitäten von Krankenhäusern oder der Vorhaltungen für den Rettungsdienst.

Da in der politischen Diskussion, namentlich der „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung“²⁰ häufig von „Bevölkerungsschutz“ statt von Katastrophenschutz die Rede ist und der Bevölkerungsschutz zumindest teilweise als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern angesehen wird, wird im zweiten Teil die verfassungsrechtliche Aufgabenteilung von Bund und Ländern im „Bevölkerungsschutz“ dargestellt. Darauf aufbauend wird die derzeitige Praxis der Aufgabenwahrnehmung insb. durch den Bund auf seine verfassungsrechtliche Tragfähigkeit geprüft und verfassungskonforme Lösungsansätze vorgestellt.

Im dritten Teil richtet sich der Blick auf mögliche Auswirkungen anderer Rechtsgebiete und wirtschaftlicher Anforderungen auf die Funktionsfähigkeit des Katastrophenschutzsystems, konkret die Auswirkungen der wettbewerbsrechtlichen Ausschreibungspflichten für den Rettungsdienst. Der Rettungsdienst wird allgemein selbstverständlich als eine tragende Säule des Katastrophenschutzes betrachtet. Nach aktueller Rechtsprechung des BGH und des EuGH²¹ ist der Rettungsdienst - wo er nicht von den Aufgabenträgern (Kreisen) selbst wahrgenommen wird²² - nach Wettbewerbsrecht auszuschreiben, zumindest aber ein transparentes Vergabeverfahren durchzuführen. In diesem Abschnitt werden zunächst die Voraussetzungen der Ausschreibungspflicht und deren Anforderungen untersucht. Anschließend werden die möglichen Folgen zunehmender Ausschreibungen für den Fall analysiert, dass die Verzahnung des Rettungsdienstes mit dem Katastrophenschutz nicht ausreichend berücksichtigt wird. Darauf aufbauend werden Lösungsvorschläge erarbeitet, wie auch bei Beachtung des Wettbewerbsrechts negative Folgen für die Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes bei Großschadenslagen und Katastrophen vermieden werden können.

Zu den die aktuelle Diskussion prägenden Katastrophenszenarien werden auch Pandemien gezählt. Diese weisen gegenüber anderen Katastrophen mehrere Besonderheiten auf.²³ Zum einen weicht die Kompetenzverteilung vom allgemeinen Katastrophenrecht ab. Zudem ist die Bekämpfung einer Infektionskrankheit - auch wenn sie pandemisch auftritt - Angelegenheit der Gesundheitsbehörden, denen dazu eigene Mittel zur Verfügung stehen, mit denen die gesundheitlichen Aspekte grds. bewältigt werden können. Es ist nicht ohne Weiteres bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine Vielzahl von Akteuren involviert. Daher stellt sich die Frage, welche Mechanismen zur Pandemiebewältigung bestehen, ab wann und wodurch eine Pandemie zu einer Katastrophe im rechtli-

20 Bundesverwaltungsamt - Zentralstelle für Zivilschutz (Hrsg.), Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland.

21 S.u. Teil D.I.1, im Text bei Fn. 544, sowie D.I.4.

22 Hierzu s.u. Teil D.I.2.b), im Text bei Fn. 589.

23 Dazu näher unten Teil E.I., im Text bei Fn. 992.